

## ATOMAUSSTIEG... ?

### Baubeginn des Zwischenlagers - Castor nach Gorleben

Liebe Atomkraftgegnerinnen und -gegner,

im „Ländle“ hat die Landesregierung den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ angekündigt. Wir fragen uns, welchen Ausstieg man da beenden könnte. Gerade auch in diesem Herbst wird erneut sichtbar, das der atomare „Normalbetrieb“ wie geschmiert läuft. Das GKN hat wieder mit vier Transporten seinen hochradioaktiven Schrott nach Sellafield ver-

schohen. Mit dem Zwischenlager-Baubeginn muss in den nächsten Wochen gerechnet werden. Weil es kein Endlager gibt, sollen weiterhin Unmengen von strahlendem Müll in der Gorlebener Halle abgestellt werden. Wer den wirklichen Atomausstieg will, muss dafür aktiv werden. Gelegenheiten dazu gibt es in den nächsten Wochen viele!

### Der Gorleben-Castor steht bevor!

### Französisch-deutsche Auftakt-Kundgebung am 25.10.

Der "Gorleben-Castor" soll voraussichtlich ab dem 10. November von La Hague ins Wendland fahren. Wir gehen davon aus, dass der atomare Mega-Zug wieder montags die Grenze bei Wörth überqueren wird.

Hierbei wird der Zug auch in diesem Jahr bereits im Süden auf die ihm gebührende Aufmerksamkeit treffen. Die Südwestdeutschen Anti-Atom-Initiativen rufen zur Auftaktkundgebung am Samstag, den 25. Oktober 2003 um 14:30 Uhr in Lauterbourg, dem Grenzort bei Wörth am Rhein, auf. Diese findet im Rahmen des bundesweiten Aktionstag "Wir sind am Zug!" statt. Zugesagt für diesen Auftakt haben auch die französische AKW-GegnerInnen. Zur Mobilisierung können wir euch kurzfristig noch Exemplare des beiliegenden Flugblatts sowie das Flugblatt aus Gorleben (siehe Seite drei und vier) zum verteilen im Zug und auf Bahnsteigen zuschicken.

Einfach anrufen (07141 / 90 33 63) oder eine Mail schicken!



### Der Castor kommt - Wir sind schon da ... auch im Südwesten!

Ab dem Vortag zum Transport wird es wahrscheinlich wieder eine Mahnwache in Wörth/Maximiliansau geben. Der Zug soll auf jeden Fall gleich nach seiner Ankunft im deutsch-französischen Grenzgebiet empfangen werden. Je nach Strecke wird es dann weitere öffentliche Treffpunkte für Aktionen und Protest geben, so zum Beispiel am Bahnhof

von Bietigheim oder Waghäusel. Aktuelle Infos erhaltet ihr am besten im Internet (s. rechts).

\* am Tag X live: **0175 - 711 28 94**

\* am Tag X und davor per Ansage 07141 / 90 33 63

**Achtet auf Ankündigungen!**

**Und: Aktiv werden!**

**Querstellen!**

### Termine

Sonntag, 19. Oktober  
 Castor-Stopp-Demo, Bhf. Biblis, 14 Uhr

Montag, 20. Oktober  
 TAIGA Tübingen/Reutlingen Plenum, taiga\_rt@yahoo.de

Mittwoch, 22. Oktober  
 Treffpunkt Anti-Atom Kirchheim/N., "alte Schule", 20.00 h, Infos: BBMN

Donnerstag, 23. Oktober  
 18.00 Uhr, anti-akw-radio, Freies Radio für Stuttgart, 102,1 oder 99,2 Mhz

Samstag, 25. Oktober  
 „Wir sind am Zug!“ Dt.- franz. Castor-Auftakt Lauterbourg, 14.30 Uhr

Montag, 27. Oktober  
 Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand N., Plenum

Freitag, 28. Oktober  
 GKN-Zwischenlager: Ende der Einspruchsfrist „atom-rechtliche Genehmigung“

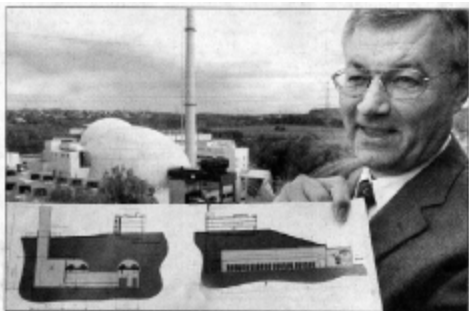
Montag, 03. November  
 Offenes Anti-Castor-Plenum „für Aktive“, DemoZ Ludwigsburg, Wilhelmstr. 45/1 19.30 Uhr

ab 08. November  
**TAG X**  
**wir stellen uns quer!**

<http://neckarwestheim.antiatom.de>

mailingliste  
 tgl. pressespiegel

## Zwischenlager statt Atomausstieg



Würde sogar im Zwischenlager übernachten:  
GKN-Chef Heni (in der Stuttgarter Zeitung vom 04.11.02)

Am 13. Oktober hat das Bundesamt für Strahlenschutz die atomrechtliche Genehmigung für das sogenannte Zwischenlager dem Atomkraftwerk Neckarwestheim erteilt. Der Gemmrigheimer Gemeinderat hat trotz Schadensersatzdrohungen der AKW-Betreiber das Baugesuch abgelehnt. Das Landratsamt Ludwigsburg hat angekündigt,

in den nächsten Tagen das Einvernehmen zu erteilen und den Sofortvollzug anzuordnen. Das AKW kann dann sofort mit dem Bau der Tunnelröhren für die 152 CASTOREN beginnen.

Geschäftsführer Heni vom GKN hat bereits Anfang Oktober verkündet, dass bereits mit den Vorbereitungen für die Großbaustelle begonnen wurde. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll die neue Atomanlage in Neckarwestheim dann gebaut werden.

Diese "Zwischenlager" an den Standorten ermöglichen den AKW-Betreibern den im "Atomausstieg" von rot/grün zugesagten

Weiterbetrieb bis zum technisch möglichen Ende der Atomkraftwerke. Dies soll beim Block II in Neckarwestheim voraussichtlich im Jahre 2021(!) sein. Bis dahin findet bundesweit nochmal eine Verdoppelung des hochradioaktiven Mülls statt, der bis jetzt in die Plutoniumfabriken nach La Hague in Frankreich und Sellafield in England verschoben wurde. Von dort soll dieser in den nächsten Jahrzehnten um das 12 bis 15-fache vermehrt in die bisherigen zentralen "Zwischenlager" nach Ahaus und Gorleben zurückkommen.

Das Motto des rot/grünen "Atomausstieges" mit den AKW-Betreibern ist:

Unendlicher Weiterbetrieb der Atomkraftwerke - Zwischenlager statt sofortigem Abschalten. Dagegen rufen wir zum aktiven Widerstand auf. Macht überall bekannt, dass in Neckarwestheim demnächst mit dem Bau des Zwischenlagers begonnen werden soll. Der Baubeginn bedeutet eine neue Herausforderung für alle Atomkraftgegner/innen, hier müssen wir vor Ort in aktiver Form gegen den nicht vorhandenen Ausstieg tätig werden.

*Also - wir sehn uns demnächst!*

### Atom Müll nach Sellafield

Mit vier Transporten à 3 Excellox-Behältern mit je sieben hochstrahlenden Brennelementen trug das AKW Neckarwestheim auch in diesem Jahr dazu bei, das Meer und die Umgebung der britischen "Wiederaufarbeitungsanlage" in Sellafield weit oberhalb der zugelassenen „Grenzwerte“ radioaktiv zu verseuchen.

Der letzte Transport rollte am 7./8. Oktober. Alle vier Transporte des Jahres aus Neckarwestheim wurden mit Mahnwachen, Infoaktionen und kleineren Blockaden öffentlich begleitet.

Die britische Skandalanlage machte im Sommer Schlagzeilen. Diese gab es jedoch nicht aufgrund der skandalösen Auswirkungen der Anlage auf die Umwelt, sondern weil Sellafield wirtschaftlich vor dem Aus steht.

Aus Neckarwestheim sollen nach unterschiedlichen AKW-Angaben 2004 noch zwei bzw. drei Transporte rollen. Ab dann rechnet man auch mit dem ersten Rücktransport nach Gorleben...



1.7.03: „Kein Stop des Transports“ (Polizei-Presse-Info)

### Die atomare Karriere des Bruno Thomauske

Bruno Thomauske - Projektleiter beim Bundesamt für Strahlenschutz (BFS) leitete auch die beiden Anhörungen zum Interims- und Zwischenlager in Neckarwestheim. Im Verlauf der beiden Erörterungen war für uns als Atomkraftgegner klar, dass das Ergebnis schon von vorn herein feststand: das BFS wird genehmigen. Diesen Vorwurf versuchte Thomauske jeweils medienwirksam zu entkräften, indem er von einem "ergebnisoffenen Verfahren" sprach. Dass das Ganze eine Farce war, wird jetzt im nachhinein erst recht deutlich. Thomauske wechselte vom BFS zum Energiekonzern Vattenfall in eine leitende Stellung als Prokurist. Vattenfall ist einer der vier bundesweiten großen Energie- und Atomkonzerne. Unbestätigten Gerüchten zufolge stand er dort schon länger unter Vertrag. Das BFS vermutet Ende September lediglich, nach dem Bekanntwerden seines Wechsels sei er sofort mit anderen Aufgaben betraut worden.

In den letzten zwei Jahren hat Thomauske bundesweit alle Verfahren zu den Interims- und Zwischenlager geleitet und dabei Einwände - wie beispielsweise mangelnde Sicherheit bei einem Flugzeugabsturz, keine Reparatur-

möglichkeiten für defekte CASTOREN, nur notdürftige Überwachung der Behälter hinsichtlich ihrer Dichtheit, bei uns in Neckarwestheim die Gefahr von Bodenverschiebungen im Untergrund - alle als "unbegründet" eingestuft. Er war für den grünen Umweltminister Trittin der Frontmann vor Ort im Durchsetzen der Genehmigungen. Unter seiner Regie sind inzwischen bundesweit sieben "Zwischenlager" genehmigt worden.

Sowohl für rot/grün als wie auch für die AKW-Betreiber sind die Genehmigung der Zwischenlager an den Standorten von zentraler Bedeutung zum ungestörten Weiterbetrieb der AKWs. Und für uns wird dadurch nochmals bestätigt: Der Atomausstieg wird nicht im Parlament und auch nicht in juristischen Verfahren durchgesetzt. Als Voraussetzung zum Weiterbetrieb der AKWs hat rot/grün sogar das Atomgesetz geändert. Wie war schon immer das Motto der Atomkraftwerksbetreiber: Alles läuft wie geschmiert! Bekannt ist dies ja in Bezug auf Bürgermeister, Landräte, Politiker allgemein, Vereine, Presseleute... neu ist die Variante, direkt Vertreter der staatlichen Genehmigungsbehörde zu kaufen!

**Castor-Transport November 2003 - Aufruf der BI Lüchow-Dannenberg**  
(aus Platzgründen leicht gekürzt)

**Wir sind am Zug! Tag X in Gorleben  
Der Castor kommt ? wir sind schon da!**

*Aus Tschernobyl nichts gelernt...*

Atomkraftwerke sind schon im sogenannten "Normalbetrieb" ein unerträgliches permanentes Gefahrenrisiko. Die rot-grüne Bundesregierung war mit dem Wahlversprechen angetreten, da sie sich dieser Gefahren bewusst ist, mit der Atomkraft Schluss zu machen. Rausgekommen ist ein Atomausstieg, der nur auf dem Papier stattfindet, so bleibt die Bevölkerung für weitere Jahrzehnte den täglich

möglichen Katastrophen ausgesetzt. Dieser Beschluss, ein Vertrag zwischen Bundesregierung und Stromkonzernen vom Juni 2000, garantiert de facto erstmalig den Bestand der Atommeiler. Für nackte Kapitalinteressen wird das Grundrecht auf Unversehrtheit außer Kraft gesetzt und die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen unverantwortbar in Gefahr gebracht.

*Die Atommüllberge wachsen...*

Falls es bei den jetzigen Restlaufzeiten bleibt, wird sich die tödlich strahlende Atommüllmenge seit dem Stillhalte-Atomkonsensvertrag noch verdreifachen. Weltweit gibt es kein sicheres Endlager, das auch nur annähernd dazu in der Lage wäre den Strahlenmüll für Millionen von Jahren von der Biosphäre abschließen zu können. Bereits durch den Uranabbau entstehen strahlende Abraumhalden

und verseuchen und zerstören die Lebensgrundlagen rechtloser indigener Völker. Bei der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in den Plutoniumfabriken La Hague (F) und Sellafield (GB) wird Strahlenmüll ins Meer gepumpt und über Kamine in die Umgebung geblasen. Wer in Deutschland Atomenergie befürwortet macht sich mitschuldig an der Verseuchung anderer Länder.

*Jeder Castortransport zementiert Gorleben als Endlagerstandort...*



*Atommüllmilliarden einkassieren...*

Für AKW-Abriß- und Entsorgungskosten müssen die Atombetreiber aufkommen. Über einen Aufschlag auf ihre Stromrechnungen, den die Normalkunden bezahlen müssen, bilden sie steuerfreie Rückstellungen. Zur Zeit sind rund 35 Milliarden Euro "zurückgestellt", denn die "Rückstellungen" werden nicht in cash für zukünftige Entsorgungskosten bereitgehalten, sondern das Atommüllgeld wird in Machterweiterung auf dem Markt investiert. Aufkäufe in der Wasser-, Gas-, Müllverbrennungs- oder Verpackungs-

wirtschaft werden damit finanziert. Eine gigantische Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil der regenerativen Energieerzeugung. Auch die Atomstromer sind vor Pleiten nicht sicher. Das Geld für Entsorgungskosten wäre dann futsch und die Bevölkerung müsste dann über Steuern doppelt für das atomare Abenteuer blechen. Wir fordern die sofortige Überführung der Rückstellungsmilliarden in einen öffentlich rechtlichen Fond. Das politische Gerede um alternative Endlagerstandorte ist erst ernst zu nehmen, wenn die Finanzierung geklärt ist.

**Gorleben -Termine**

*Freitag., 7.11., 9.30 Uhr:*  
SchülerInnen-Demo, ab Schule Lüchow

*Samstag, 8.11., 13.00 Uhr:*  
Auftakt demo, ab Marktplatz Dannenberg

*Montag, 10.11., 16.00 Uhr:*  
Demonstration, Clamartpark Lüneburg



**Gorleben ruft**

*Telefon Info-Hotline:*  
**01805 - 2 5 2 7 6 9**  
Gedächtnisstütze:  
01805 - A L A R M X  
(für die Handytastatur)  
12 cent/Min

Ab 8.11.: Infopunkt u. Schlafplatzbörse, Dannenberg, am Markt

*Lüneburg:*  
Infotel.: 04131-48599  
Ab 8.11.: Infopunkt Clamartpark, Lüneburg: 04131-264780

*In eigener Sache...*

**Spenden**

Obwohl viele Menschen inzwischen Zugriff auf Internet- Informationsangebote haben, erachten wir es nach wie vor für wichtig, mit gedruckten Materialien wie Plakaten, unseren diversen Flugblättern, und unserem anti-atom-info über aktuelle Ereignisse und Hintergründe bezüglich der Atomkraft zu informieren. Hierfür benötigen wir auch jetzt wieder dringend Spenden. Über Beiträge über 10 Euro/ Jahr würden wir uns sehr freuen! (Bank s. Rückseite)

*Danke!*

**Morsleben...**

...ist das "Endlager" für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, die dort für zehntausende von Jahren sicher verwahrt werden sollen. In dieses ehemalige Salzbergwerk tritt schon lange Wasser ein, es entstanden riesige Hohlräume. Weite Teile des Bergwerkes in dem die radioaktiven Abfälle lagern sind einsturzgefährdet. Die Atomindustrie hat mit der "Endlagerung" ihres Atom Mülls ja nichts zu tun. Dies ist Sache des Bundes und somit der Steuerzahler. Damit der Atomstrom die Bilanzen der Energiekonzerne nicht schmälert, wird jetzt ein 100-Millionen-Euro-Projekt des Bundes zur Stabilisierung des Atom Mülllagers in Morsleben gestartet.

**Versorgungssicherheit...**

... ist das Zauberwort, weswegen „wir in Baden-Württemberg“ noch mindestens 50 Jahre AKWs benötigen und nicht etwa eine teuflisch verspargelte Landschaft mit Windrädern. Dass es mit dieser Versorgungssicherheit nicht so weit her ist, zeigte dieser Sommer. Die AKW-Stromproduktion konnte nur durch das Heraufsetzen der zulässigen (?) Wasser-Temperatur im Neckar von 26 Grad auf über 29 fortgesetzt werden. Ohne das jetzt erstmals der Ehmetkslinge entnommene Wasser hätte GKN im September erneut heruntergefahren werden müssen.

Fortsetzung v. Seite drei

**Der Castor kommt ? wir sind schon da!**

*Aktenzeichen Tag X ungelöst...*

Wer von seinem grundrechtlich verbrieften Recht auf freie und wahrnehmbare Meinungsäußerung öffentlich Gebrauch machen will, wird mit Kriminalisierung und Repression bedroht. Für den Castortransport im November wurde bereits angekündigt mindestens 18.000 Polizisten ins 50.000 Einwohner zählende Wendland zu schicken. Stundenlange Ingewahrsamnahmen von im Schnitt 300 Men-

schen sind beim Transport "Normalfall". Würde das Szenario 1:1 nach Berlin übertragen hieße das: Bei einem Castortransport nach Berlin würden (bezogen auf 3.000.000 Einwohnern) 1.080.000 Polizisten 18.000 Verhaftungen vornehmen und die Betroffenen aus Platzproblemen wahrscheinlich ins Olympiastadion sperren.

*Das wäre ja ein Polizeistaat? Ja...*

Das niedersächsische Innenministerium plant, die Polizei jetzt auch noch als Versammlungsbehörde einzusetzen. Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen müssen dann bei dem Behördenapparat angemeldet werden, der bereits jetzt immer wieder fragwürdige Gefahrenprognosen erstellt. Nicht als Schutz der Bevölkerung vor dem Risiko Atomkraft, sondern nur zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Atomindustrie vor der Grundrechte wahrnehmenden Bevölkerung. Aktive

AtomkraftgegnerInnen sind nicht nur den Atomstromern und der willfährigen Politik lästig, sondern auch der Polizei. Die versagende Politik schickt eine Polizeiarmeda, um uns aus dem Weg zu räumen. Konfliktlösung nicht nur in Deutschland... Die Polizei als Versammlungsbehörde? Ein weiter Stiefelschritt in den Polizeistaat! In Frankreich steht seit kurzem bereits die Veröffentlichung der Transporttermine bei Gefängnisandrohung unter Militärgelheimnis.

*Tropfsteinhöhle Gorleben aufgeben...*

Es wird weiter versucht zu suggerieren das Atom Müllproblem im Griff zu haben. Das Hin- und Herkutschieren von Castorbehältern von einem Ort zum anderen hat nichts mit "Entsorgung" zu tun. In Gorleben stehen die Dinger in einer Halle herum. Wie lange? Keiner weiß es. Ungenügende Falltests, Brandversuche, angebliche Flugzeugabsturzimmunität: Castorsicherheitsüberprüfungen finden seit Jahren nur noch per Computersimulation statt. Virtuelle Sandkastenspiele. Die Gorlebener Pilotkonditionierungsanlage ist vorerst von denen, die behaupten, der Castor sei sicher, als "Reparaturwerkstatt" eingerichtet. Gleich nebenan findet man die Endlagerbaustelle. Im Salzstock soll in 800 Metern Tiefe der heiße Müll eines Tages für alle Ewigkeit verbuddelt werden. Obwohl das marode Gorlebener Deckgebirge des Salzstocks bekanntermaßen keine Barrierenfunktion erfüllen kann. Auch die Grundwasserverbindungen verdeutlichen alar-

mierend, dass der radioaktive Müll nicht lange von der Biosphäre abgeschlossen werden kann. Trotzdem wurden bislang 1,3 Mrd. Euro an der Endlagerbaustelle in den Sand gesetzt. Dies darf nicht als Argument für ein Festhalten am Standort herhalten! Halbwertzeiten, die Eiszeiten überdauern werden, können nicht durch buchstäblich "billige Lösungen" außer Kraft gesetzt werden.

Der Standort Gorleben ist ein Relikt aus den Zeiten des "kalten Krieges". Er wurde nicht aus geologischen Erkenntnissen, sondern politischen Erwägungen durchgesetzt, denn wie eine Halbinsel ragte das Wendland in die DDR hinein. Der "kalte Castor-Krieg" gegen die Bevölkerung ist eines sich demokratisch nennenden Gemeinwesens zutiefst unwürdig. Jeder Castortransport nach Gorleben zementiert den Endlagerstandort.

Dagegen stellen wir uns entschieden quer!

**Es gibt kein sicheres Endlager... - Kein Atomklo Gorleben!  
Wir sind am Zug – Auf ins Wendland!**

**Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim**

c/o Demokratisches Zentrum (DemoZ), Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg  
Bürozeiten: mittwochs, ab 20.00 Uhr

**Spenden!** DemoZ, VoBa LB (BLZ 604 901 50), Kto. 244 740 011, „Anti-AKW“  
<http://neckarwestheim.antiatom.de> ★ [anti-akw.neckarwestheim@s.netic.de](mailto:anti-akw.neckarwestheim@s.netic.de)

**Info-Tel & AB: 07141 / 90 33 63**

**Fax : 07141 / 92 39 91** (vorher anmelden)